

Tourismus kritisiert Vorstoß für gesetzliche Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie



Bundesspartenobfrau Petra Nocker-Schwarzenbacher

Credit: Helge Kirchberger

Fotograf: Helge Kirchberger

Utl.: WKÖ-Nocker-Schwarzenbacher: Klares Nein zu weiteren bürokratischen Belastungen für Gastronomie und Hotellerie - Gleichbehandlung in allen Bereichen gefordert =

Wien (TP/OTS) - Mit heftiger Kritik antwortet die Tourismussparte in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) auf die vom Präsidenten der Landwirtschaftskammer (LWK) Hermann Schultes vorgebrachte Forderung nach einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung von Fleisch und Eiern in der Gastronomie. „Von unserer Seite gibt's dazu ein klares Nein. Gastronomie und Hotellerie gehen bereits jetzt in bürokratischen Auflagen unter“, zeigt sich Petra Nocker-Schwarzenbacher, Obfrau der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich, verärgert. "Erst kürzlich musste die Allergenkennzeichnung mit großem Aufwand und Kosten in den Betrieben umgesetzt werden. Diese Auskunft hätte der Gast auch ohne gesetzliche Verpflichtung bekommen. Und jetzt soll das nächste Gesetz folgen für etwas, wofür es keine gesetzliche Regelung braucht. Sicher nicht mit uns," so Nocker-Schwarzenbacher.

Zwtl.: "Gastronomie braucht keinen Eierbeauftragten"

Der Vorstoß der Landwirtschaftskammer würde in der Praxis bedeuten, dass etwa die Herkunft aller in Speisen verarbeiteten Eier per Gesetz gekennzeichnet werden müssen. Das bedeutet aber, dass beispielsweise der Nudelhersteller auch angeben muss, woher die von ihm verarbeiteten Eier stammen. Wenn der Großhandel bei einem Engpass von österreichischen Eiern ersatzweise Eier aus Bayern liefert, müsste

der Gastronom oder Hotelier in Folge seine Speisekarte umschreiben.
Nocker-Schwarzenbacher: „Das wird schön langsam lächerlich.
Vielleicht brauchen wir dann bald auch einen „gesetzlichen
Eierbeauftragten“, der in der Küche darauf schaut, welches Ei in
welche Speise geschlagen wird.“

Zwtl.: Mehr Bürokratie bedeutet höhere Kosten - Vorschlag der
Landwirtschaft verteuert das Schnitzel in der Gastronomie

Die Aussage von LWK-Präsident Schultes, dass in der heimischen
Gastronomie "rumänische Schnitzel" serviert würden, weist die
Bundesspartenobfrau zurück: „Wir erwarten uns in dieser Frage auch
die klare Unterstützung unserer Gesundheitsministerin Oberhauser,
denn gerade im österreichischen Hotel- und Gastgewerbe steht die
Qualität der verabreichten Speisen im weltweiten Vergleich ganz
oben.“

Es müsse auch allen klar sein, dass ein solcher weiterer Mehr-Aufwand
die Schnitzelpreise in der Gastronomie für Herrn und Frau
Österreicher anheben würde, betont Nocker-Schwarzenbacher und
verweist auf die freiwillige Kennzeichnung in der heimischen
Gastronomie, die vom Landwirtschaftsminister gefördert werden, wie
etwa das Gastrosiegel der Agrarmarkt Austria (AMA), Genussregionen
oder andere regionale Initiativen: "Das ist gut so und vollkommen
ausreichend.“

Zwtl.: Nocker-Schwarzenbacher: Hausaufgaben im eigenen Bereich
erledigen

Wenn es um eine „allesumfassende“ Kennzeichnung gehe, so
Nocker-Schwarzenbacher, wäre allerdings auch eine Kennzeichnung der
Herkunft aller Inhaltsstoffe der Futtermittel, die in Österreich an
die Tiere verfüttert und als österreichisches Fleisch verkauft
werden, nötig. „Damit die österreichische Bevölkerung auch weiß,
woher genau die Futtermittel kommen, die in Österreich an Schweine,
Kühe und Hühner verfüttert werden, könnte Landwirtschaftsminister
Rupprechter mit einem "Futtermittel-Transparenz-Gesetz" die
notwendigen Grundlagen schaffen“, schlägt Nocker-Schwarzenbacher vor.

Es wäre dann auch nur fair und gerecht, so die
WKÖ-Tourismussprecherin, dass die Gastronomie im selben Maße für die
Verarbeitung heimischer Produkte gefördert wird, wie dies in der
Landwirtschaft passiere.

Außerdem sollten landwirtschaftliche Betriebe, wenn sie gewerbliche oder genehmigungspflichtige Tätigkeiten ausüben, wie etwa bei der Einstellung von Pferden, in Buschenschanken oder bei einer Überschreitung der Privatzimmervermietungsgrenzen (10 Betten) bei "Urlaub am Bauernhof" etc., in Zukunft auch tatsächlich wie ein Gewerbebetrieb behandelt werden. Das bedeutet Registrierkassen, Steuern und Auflagen. „Noch ist die Landwirtschaft "steuerpauschaliert" und zahlt wenig Steuern, während Gewerbebetriebe voll zur Kasse gebeten werden. Hier braucht es mehr Gerechtigkeit“, betont Nocker-Schwarzenbacher.

"Anstatt sich im Kennzeichnungsdschungel zu verzetteln", fordert Nocker-Schwarzenbacher die Vertreter der Landwirtschaft auf, diese Hausaufgaben im eigenen Bereich zu erledigen. „Wir werden von Seiten der gewerblichen Wirtschaft von nun an genauer darauf schauen, denn es muss gleiches Recht für Alle gelten“, so Nocker-Schwarzenbacher abschließend.

Die Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist die Interessenvertretung für über 90.000 Tourismusbetriebe aus den Branchen Gastronomie, Hotellerie, Freizeit- und Sport, Reisebüros, Kinos, Kultur- und Vergnügungsbetriebe sowie Gesundheitsbetriebe. 600.000 Arbeitsplätze (jeder 5. Vollzeitarbeitsplatz) hängen direkt oder indirekt von Tourismus und Freizeitwirtschaft ab (WIFO). (PWK078/ES)

~

Rückfragehinweis:

Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft
Mag. Rainer Ribing
Telefon: +43 5 90 900 3567
rainer.ribing@wko.at
Internet: <http://wko.at/bstf>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11008/aom>

*** TP-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.TOURISMUSPRESSE.AT ***

TPT0004 2016-02-10/12:01

101201 Feb 16

Link zur Aussendung:

http://www.tourismuspresse.at/presseaussendung/TPT_20160210_TPT0004